Der Leipziger Aerztestreik.

(Schluss aus No. 17.)

Die schwersten Konflikte wurden aber veranlasst durch die Maassnahmen gegen zu theure Aerzte, und weil aus diesem Wetterwinkel die stetig sich erneuernden Unruhen ausgehen, sollen sie etwas genauer besprochen werden.

Wie überall, so giebt es auch in Leipzig sogenannte gute und böse Aerzte. Die im Sinne der Kasse „guten“ Aerzte verschreiben wenige und billige Arznei, machen ihre Kranken schnell wieder gesund und ziehen vor allem die Erwerbsunfähigkeit nicht ungebüßlich in die Länge. Die „bösen“ machen es gerade umgekehrt und verursachen natürlich unter Umständen der Kasse grossen Schaden. Die Mehrausgaben für Arznei und Krankengeld wachsen zu hundertausenden an, bringen das Budget ins Schwanken, verhindern die Auffüllung des Reservefonds und gefährden den Bestand der Kasse. Das sind alles so wohlbekannte Dinge, dass sich die Vertrauenscommission der Kasse gerade in dem Punkt der Vermahnung ihrer Collegen nach dieser Richtung hin von jeher sehr entgegenkommend gezeigt hat. Bereits 1889 war es in dieser Beziehung zu einer lebhaften Auseinandersetzung gekommen. Die Kasse hatte damals sieben Aerzten gekündigt, die Kündigung aber wieder zurückgenommen. Mitte der neunziger Jahre erfolgte wieder eine Vermahnung der zu theuren Aerzte. Die Zitirung der betreffenden Herren auf das Bureau der Kasse und Vermahnung ohne Gehör der Commission machte böses Blut, und auf eine bezügliche Vorstellung sagte die Kasse auch zu (mündlich, nicht schriftlich), solche Vermahnungen künftig nur im Einverständniss mit der Commission vornehmen zu wollen. So kam das Jahr 1900 heran und mit ihm ein Defizit von 95 000 Mark. Die Kasse stand vor der Eventualität, ihre Ueberleistungen wesentlich einzuschränken. Diesem Unheil vorzubeugen, musste rasch gehandelt werden. Der grösste Ausgabenposten, das Krankengeld, musste sich in diesem Jahre unbedingt vermindern, was natürlich nur mit Hilfe der Aerzte und unter spezieller Verwarnung der bekannten „bösen“ Aerzte möglich war. Der Commission wurde eine Liste dieser Herren vorgelegt, aber ohne ihr ausreichend Zeit zu lassen, die mitgegebene Begründung der zu theuren Behandlung auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen, ging der Vorstand selbständig vor, lud 21 Aerzte wiederum auf sein Bureau, verwarnte sie und liess sie ein Protokoll unterschreiben, welches für den Wiederholungsfall die Androhung der Kündigung enthielt! Dieses demüthigende und dem früher gegebenen Versprechen zuwiderlaufende Verfahren führte zu einer erbitterten, in die Tagespresse übergreifenden Fehde zwischen Commission und Kassenvorstand, deren Endergebniss mit der Erklärung der Kasse abschloss, mit einer „illegal“ gewählten Commission nicht mehr verhandeln zu wollen. Unter „illegaler Wahl“ verstand die Kasse die Wahl der Commission durch die Bezirksvereine und nicht durch die Gesamtheit der Kassenärzte selbst. Auch hatte sie nach zehn Jahren plötzlich die Entdeckung gemacht, dass die Commission auch Nichtkassenärzte zu ihren Mitgliedern zählte (die gegenwärtigen Vorsitzenden der Bezirksvereine, Sanitätsrath Heinze und Dr. Max Goezz sind keine Kassenärzte). Ueber die Forderung, die Commission in Zukunft ausschliesslich von den Kassenärzten wählen zu lassen, hätte man sich leicht einigen können. Dagegen konnten die Bezirksvereine unter keinen Umständen auf die Theilnahme ihrer Vorsitzenden an den Verhandlungen der Commission verzichten. Im Dezember 1900 wurde die Commission in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt, und am 8. Februar 1901 erklärte der Kassenvorstand in einer Zusehrift an die Kassenärzte, die Commission nicht mehr anzuerkennen. Durch drei Vertrauensärzte, welche sie im Laufe der Jahre angestellt habe, sei jedes Bedürfniss nach einer besonderen Commission geschwunden. In diesem Schreiben erblickten die Aerzte einen Bruch des Vertrages zwischen Kasse und Commission. Derselbe sieht nämlich keine Kündigung vor, und nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch kann ein solcher Vertrag, namentlich, wenn er jahrelang bestand, nicht ohne weiteres einseitig, sondern nur im gegenseitigen Einverständniss oder wenigstens durch die formelle Mittheilung der Kündigung an den Contrahenten gelöst werden. Nichts von alledem war erfolgt. Ausser diesem Vertrag stand aber der oben erwähnte kassenärztliche Vertrag, der die Prüfung der Liquidationen durch die Commission sowie deren Betheiligung bei dem Schiedsgericht vorsieht, in Frage.

Die Aerzte waren also vollberechtigt, von einer mehrfachen Verletzung der beiden Verträge zu sprechen, und forderten die Kasse auf, den bisherigen Vertrag mit der Commission wieder anzuerkennen. Dies geschah nicht, und die Bezirksvereine sahen sich nun vor die Frage gestellt, den Beschwerdeweg zu betreten oder zur Selbsthilfe zu schreiten. Der Beschwerdeweg war langsam, mühevoll und in seinem Erfolg durchaus unsicher. Man war leider durch trübe Erfahrungen im vergangenen Jahre gewarnt und traute dem Krankenversicherungssamt keine für die Aerzte günstige Entscheidung zu. Ebenso langwierig und in seinem endlichen Erfolge unsicher erschien die Beschwerde an die höhere Aufsichtsbehörde, die Königliche Kreishauptmannschaft, und so entschloss man sich schweren Herzens, aber nach reiflicher Ueberlegung, nachdem noch durch ein seltsames Missverständniss der Versuch einer Einigung gescheitert war, zur Niederlegung der kassenärztlichen Thätigkeit. Dieselbe erfolgte ohne Einhaltung der dreimonatigen Kündigungsfrist seitens der Aerzte, da nach dem Wortlaut der §§ 626 bis 628 des Bürgerlichen Gesetzbuches, sofern „ein wichtiger Grund vorliegt“, auch ohne Einhaltung dieser Frist gelöst werden kann. Am 5. April traten von etwa 200 in Betracht kommenden Aerzten 156 in den Ausstand, darunter zahlreiche Collegen, die in ihrer Existenz hauptsächlich auf die Kassenpraxis angewiesen waren, fast alle Spezialärzte und zahlreiche Dozenten der Universität mit ihren stark frequentirten Polikliniken.

Ein Streik im gewöhnlichen Sinne des Wortes wurde es aber nicht. Zunächst kam man überein, die Kranken weiter zu behandeln, aber nur als Privatpatienten und gegen Baarzahlung. Ueber die geleistete Zahlung wurde eine Quittung ausgestellt. Dagegen sollten die wöchentlichen Bescheinigungen für Erwerbsunfähigkeit, auf Grund deren die regelmässige Anzahlung des Krankengeldes erfolgt, nicht mehr ausgestellt werden. Die Folge dieser sehr zahmen Maassregel war zunächst die sofortige Anstellung eines Dutzend neuer Aerzte, die sich in Leipzig selbst und in seiner unmittelbaren Umgebung vorfinden. Sie wurden an die zumeist bedrohten Punkte der Stadt vertheilt, um im Verein mit etwa 50 Kassenärzten, die sich dem Streik nicht angeschlossen hatten, den ärztlichen Dienst aufrecht zu erhalten. Die neuen Aerzte wurden nach der Minimaltaxe bezahlt und so vor Collisionen mit den Bezirksvereinen geschützt. Die von den streikenden Aerzten gegen Quittung eingezogenen Honorare löste die Kasse prompt ein: ausserdem organisirte sie rasch einen Stab von Krankenpflegern, welcher die Erwerbsunfähigkeit der Mitglieder festzustellen hatte, und bezahlte daraufhin das von den Aerzten nicht bescheinigte Krankengeld aus. Auf zahlreiche Annoncen in den grösseren Zeitungen Deutschlands erhielt die Kasse genug ärztliches Angebot, um für den Fall einer längeren Dauer des Streiks den zusammengeschmolzenen Bestand ihrer Kassenärzte zu ergänzen, und das Warnungssignal der Bezirksvereine „Cavete Ortskrankenkasse Leipzig“ in der medizinischen und politischen Presse war nicht von dem gehofften Erfolg begleitet. Ebenfalls schlug der Versuch der Vereine fehl, die nicht streikenden Collegen zu veranlassen, die Behandlung eines Kassenmitgliedes aus der Praxis eines streikenden Arztes nicht zu übernehmen. Die Aufsichtsbehörde wies gelegentlich einer bezüglichen Beschwerde auf die vertragsmässigen Verpflichtungen der Kassenärzte hin und entschied für Weiterbehandlung. Sehr nahe lag der Gedanke, auf Grund des § 1 der sächsischen Standesordnung, welche dem Arzte vorschreibt, durch sein Verhalten „in der Berufsthätigkeit wie ausserhalb derselben die Ehre und das Ansehen seines Standes zu wahren“, gegen die neuen Aerzte als Streikbrecher von Standeswegen einzuschreiten. Flugs war auch hier die Behörde bei der Hand, um der strafenden Standesgerechtigkeit in den Arm zu fallen und die Vereine daran zu erinnern, dass dieser Paragraph für den vorliegenden Fall nicht zutrefte. Aeusserst heftig gestaltete sich der Zeitungskrieg, der sofort in der gesammten Presse Leipzigs zwischen den streitenden Parteien ausbrach und sich sogar bis auf die Plakatsäulen erstreckte. Beide Theile beschuldigten einander des Vertragsbruches. Mit fetten, weithin leuchtenden Zahlen wies die Kasse auf die durch die „bösen“ Aerzte veranlassten Mehrausgaben hin. Die Aerzte ihrerseits liessen es sich nicht nehmen, die Sünden der Kasse haarklein aufzuzählen, und staunend drängte sich das gebildete und ungebildete Publikum vor den ungewöhnlichen weithin leuchtenden schmeichelhaften Satzwendungen und Zahlengruppen, den tieferen Sinn des ganzen verwickelten Streites nicht erfassend. Die Presse, soweit sie überhaupt Stellung nahm, ergriff für die Aerzte Partei und wandte sich vor allem gegen die ausgesprochene Absicht der Kasse, festbesoldete Distriktsärzte anzustellen. Die Sympathieen der Presse wuchs, als die Bezirksvereine am 12. April erklärten, den Streit ihrerseits nicht verschärfen zu wollen und insbesondere aus humanen Gründen nicht in einen Generalstreik einzutreten, d. h. die Behandlung der Patienten überhaupt abzulehnen.

Welchen Verlauf die von der höheren Aufsichtsbehörde, der Königlichen Kreishauptmannschaft, angebahnten Verhandlungen haben werden, lässt sich zur Zeit noch gar nicht absehen, da zwischen Parteien zu vermitteln ist, deren jede ihren grundsätzlichen Standpunkt unbedingt einhalten wird. Die Kasse will in Zukunft nur mit ihren Kassenärzten, bezw. deren Vertretung zu thun haben und nicht mit den Bezirksvereinen, während die Aerzte gerade in der Betheiligung der Vereine ihre einzige Rückendeckung erblicken. Ferner wird die Behörde

die juristische Frage zu entscheiden haben und dürfte schliesslich noch den Versuch machen, zur Herstellung eines dauernden Friedens die nie versiegenden Quellen des Streites zu verstopfen und vertragsmässige Abmachungen bezüglich der Honorarfrage und der Behandlung der zu theuren Aerzte herbeizuführen, — alles ebenso schwierige wie zeitraubende Aufgaben!

Dem unbefangenen Leser wird sich aus diesem unerquicklichen Kampf wohl die Ueberzeugung aufdrängen, dass eine endgiltige Lösung aller dieser Streitpunkte einzig und allein durch gesetzliche Bestimmungen möglich ist und wie recht die ärztlichen Standesvertretungen haben, insbesondere der Aerztevereinsbund, bei der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz die Einsetzung eines Schiedsgerichtes bei Streitigkeiten zu fordern. Aber noch nach einer andern Richtung muss sich die Reform vollziehen. Es muss nämlich auffallen, dass es schon jetzt sehr bedeutende Kassen giebt, die mit ihren Aerzten im tiefsten Frieden leben. Geht man den Ursachen nach, so zeigt sich, dass es sich fast ausnahmslos um Kassen handelt, die ihre Leistungen nicht im Anfang überspannt haben, sondern mit dem wachsenden Vermögen auch langsam, Schritt für Schritt, mit ihren Leistungen vorgegangen sind. Nur dadurch und unter steter Berücksichtigung der ärztlichen Wünsche kann sich ein erträgliches Verhältniss zwischen zwei Parteien gestalten, die ihrer Natur nach nach entgegengesetzten Richtungen tendiren müssen. Solche friedlichen Verhältnisse müsste sich der Gesetzgeber zum Vorbild nehmen. Was nützt jetzt der Aufsichtsbehörde aller guter Wille, wenn sich die Kasse auf Rechte steift, in die ihr niemand hineinreden kann; was nützt andererseits den sächsischen Bezirksvereinen die ihnen durch Landesgesetz verliehene Macht, gegen ihre Mitglieder im Falle unanständigen Benehmens vorzugehen, wenn diese Waffe in einem so wichtigen Falle wie dem vorliegenden versagt? Diese Gegensätze auszugleichen oder doch wenigstens bis zu einem erträglichem Grade abzustumpfen, dürfte eine der dringendsten Aufgaben der Novelle werden: Einschränkung einer zu frühzeitigen übermässigen Ausdehnung der Kassenleistungen und Schutz der Aerzte gegen willkürliche Bedrückungen seitens der Kassenvorstände.

Nachtrag. Inzwischen hat die Beendigung des Streiks stattgefunden — rascher als man erwarten durfte! Am 24. April traten unter Vorsitz des Kreishauptmanns v. Ehrenstein und unter Theilnahme des Medizinalbeisitzers der Königlichen Kreishauptmannschaft Vertreter der Kasse und der Aerzte zusammen, und man einigte sich nach fünfstündiger Verhandlung auf folgende Punkte:

1. Die Vertrauenscommission geht in Zukunft aus der Wahl von Kassenärzten hervor. In dieselbe sind lediglich Kassenärzte wählbar. Die Befugnisse dieser Commission bleiben einer neuen Vereinbarung vorbehalten.

2. Alle Streitigkeiten zwischen Kasse und Commission erhalten in Zukunft ihre endgiltige Entscheidung durch ein Schiedsgericht, welches zu je drei Mitgliedern aus dem Kassenvorstand, den Bezirksvereinen und der Kreishauptmannschaft zu bilden ist. Letztere ist vertreten durch zwei juristische Mitglieder sowie den Medizinalbeisitzer. Die Competenzen des Schiedsgerichtes sollen unverzüglich ausgearbeitet und ebenso wie diejenigen der neuen Vertrauenscommission von den Bezirksvereinen gutgeheissen werden.

Dieser für beide Theile gleich werthvolle Compromiss wurde von dem Kassenvorstand sowohl wie von den beiden Bezirksvereinen (Leipzig-Land mit unwesentlichen Modifikationen) acceptirt und der Streik nach dreiwöchiger Dauer am 27. April für beendet erklärt. Sämmtliche Kassenärzte treten in ihre bisherigen Vertragsbestimmungen wieder ein, alle straf- und civilrechtlichen Klagen werden zurückgezogen. Das neue Schiedsgericht, in dem die Standesvereine Sitz und Stimme haben werden, also auch Vertreter hineindelegiren können, die nicht selbst an der Kassenpraxis betheiligt sind, ist sicherlich eine sehr werthvolle Errungenschaft. Es ist zu erwarten, dass die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz mit Einfügung dieser Institution bei allen Parteien des Reichstags auf lebhafteste Zustimmung rechnen darf.

Justus Thiersch.